

## **Niederschrift**

über die Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -

Datum: 23.06.2011

Ort: Beratungsraum Zi. 118 im Rathaus, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:30 Uhr - 17:55 Uhr

Vorsitz: Frau Bürgermeisterin Heidemarie Lüth

### **Beschlussfähigkeit**

Soll: 13 Stadträtinnen/Stadträte  
Ist: 9 Stadträtinnen/Stadträte

### **Anwesenheit**

#### **Entschuldigt**

Frau Steffi Barthold	SPD-Fraktion	dienstlich
Herr Peter Borm	sachkundiger Einwohner	Dienst
Herr Wolfgang Meyer	Fraktion FDP	dienstlich
Frau Ines Saborowski-Richter	CDU-Ratsfraktion	Fraktionssitzung SLT
Herr Michael Walter	CDU-Ratsfraktion	dienstliche Gründe

#### **Verspätetes Erscheinen**

Frau Dr. Heidi Becherer	SPD-Fraktion	16:44 Uhr, TOP 4.1, dienstlicher Termin
Herr Wolfgang Lesch	Fraktion FDP	16:40 Uhr, TOP 4.1, Stau
Herr Maik Otto	SPD-Fraktion	16:35 Uhr, TOP 4.1

#### **Stadtratsmitglieder**

Frau Margitta Hochmuth	CDU-Ratsfraktion
Herr Benjamin Jahn	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ
Frau Christine Pastor	Fraktion DIE LINKE
Frau Susanne Schaper	Fraktion DIE LINKE
Herr Jan Schulze	Fraktion DIE LINKE
Frau Peggy Szymenderski	SPD-Fraktion
Frau Petra Zais	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

#### **stellv. Ausschussmitglieder**

Herr Joachim Höfler	CDU-Ratsfraktion
Herr Christian Kempe	CDU-Ratsfraktion

#### **sachkundige Einwohner**

Herr Ralph Beckert  
Herr Jens Heydecke  
Frau Kerstin Obermeyer  
Frau Dietlind Voigt

**beratend Teilnehmende**

Frau Petra Liebetrau Behindertenbeauftragte  
Herr Andreas Wolf fraktionslos

**Bedienstete der Stadtverwaltung**

Herr Andreas Ehrlich Amtsleiter Amt 50  
Herr Hans-Jürgen Gehrmann Abteilungsleiter Abt. 53.1  
Herr Michael Seidel Referent Dezernat 5

**Schriftführerin/Schriftführer**

Frau Ingeburg Ludwig Sachbearbeiterin Abteilung 15.4

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 

Die **Ausschussvorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 

Es liegen **keine** Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit **festgestellt**.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich - vom 19.05.2011
- 

Gegen die Niederschrift sind **keine** Einwendungen eingegangen. Sie gilt somit als **genehmigt**.

- 4 Beschlussvorlage an den Sozialausschuss
- 

- 4.1 Förderung von Trägern der freien Wohlfahrtspflege - Haushaltsjahr 2011  
Vorlage: B-079/2011 Einreicher: Dezernat 5/Amt 50
- 

Zur Beschlussvorlage wurde eine 2. Änderung der Verwaltung ausgereicht.

**Herr Stadtrat Schulze (Fraktion DIE LINKE)** erklärt, dass im Ergebnis der Beratung der Ausschussmitglieder der Fraktionen SPD, CDU und LINKE ein Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut vorschlagen wird:

1. Die Beschlussvorlage B-079/2011 wird zurückgestellt.
2. Die Befristung des Beschlusses B-001/2011 wird bis zum 30.09.2011 verlängert.
3. Es wird beschlossen, alle in der Anlage 3, Teil B der Beschlussvorlage B-079/2011 von Kürzungen in Höhe von mehr als 10 % im Vergleich zu 2010 betroffen sind, sowie den Sprecher der Liga der Spitzenverbände zur Anhörung in den Sozialausschuss zu laden. Vorgeschlagen wird dafür eine Sondersitzung des Sozialausschusses im Juli 2011.
4. Vorbehaltlich der Ergebnisse dieser Anhörung beschließt der Sozialausschuss, alle gemäß Anlage 3, Teil B der Beschlussvorlage B-079/2011 geförderten Dienste rückwirkend ab 01.07.2011 für das 2. Halbjahr 2011 mit den gleichen Zuschüssen wie im Jahr 2010 zu fördern.

**Frau Bürgermeisterin Lüth** war nicht bekannt, dass die freien Träger und der Sprecher der Liga der Spitzenverbände zur Anhörung für die Sitzung eingeladen werden sollten. Sie macht den Einreicher des Änderungsantrages darauf aufmerksam, dass der Änderungsantrag finanzielle Auswirkungen habe und die Benennung einer Deckungsquelle, wie es die Geschäftsordnung vorschreibt, erforderlich sei.

**Herr Schulze** schlägt vor, 50 T€ aus den frei gewordenen Mitteln im Zusammenhang mit der Einsparung des Dezernates 2 als Deckungsquelle zu nutzen.

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** äußert sich zum Änderungsantrag. Die Anhörung der betroffenen freien Träger und der Liga der Spitzenverbände hält sie für kontraproduktiv, weil intensiv mit den Trägern von Projekten in der Fraktion die Diskussion geführt wurde. Zur Beratungsstelle für junge Haftentlassene und deren Angehörige wurde ebenfalls die Meinung beider Seiten eingeholt. Sie sagt, dass bestimmte Leistungen an den tatsächlichen Bedarf anpassen sind. So berechtigt die Meinungen der Beschäftigten der Träger auch sind, trotzdem könne der Sozialausschuss aber nicht dafür da sein, um ausschließlich die Interessen der freien Träger zu vertreten, sondern auch für die der Stadt. Es sei ohnehin bei dem großen Defizit im Haushalt schwierig, die Beschlussvorlage erneut zu vertagen. Die mit dem EKKo beschlossenen Einsparungen, auch die im Zusammenhang mit dem Dezernat 2, müssen der allgemeinen Deckung des bestehenden Defizits dienen. **Frau Zais** lehnt eine außerplanmäßige Sitzung ab.

**Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE)** sei die Transparenz des Sachverhaltes wichtig. Die Benennung einer entsprechenden Deckungsquelle ist für die Stadtratsmitglieder schwierig.

**Herr Ehrlich** erklärt, dass der Bedarf zur Förderung bestimmter Leistungen bereits für das Jahr 2011 nicht mehr in dem Maße festgestellt wurde. Er unterstreicht, dass im Bereich der Einzelfallhilfen dem betroffenen Bürger nichts verloren ginge.

**Herr Schulze** nimmt Bezug auf die Schließung der Begegnungsstätte Am Harthwald und bemängelt, dass dadurch die Begegnungsstätte Bruno-Granz-Str. aufgesucht werden müsse.

**Frau Lüth** stellt klar, dass der Vorschlag der Verwaltung zur Schließung der Begegnungsstätte mit dem Träger besprochen wurde und dieser den Vorschlag akzeptiert hat. Die Grundlage dafür bildet die Analyse der Sozialplanung. Für jede Kürzung habe eine Begründung vorgelegen. Der Bedarf definiere sich in der Analyse der materiellen und finanziellen Notwendigkeit. **Frau Lüth** stellt fest, dass der von Herrn Schulze genannte Deckungsvorschlag rechtlich nicht zulässig ist. Sie verweist auf die Sommerpause des Stadtrates, die außerplanmäßige Sitzung betreffend.

**Frau Stadträtin Szymenderski (SPD-Fraktion)** fehlen die entsprechenden Kriterien, wohin sich die soziale Arbeit in den nächsten Jahren in Chemnitz entwickeln solle. Deshalb ist auch die Entscheidung zur Beschlussvorlage schwierig.

**Frau Lüth** erinnert daran, dass Übereinstimmung mit den Ausschussmitgliedern darüber bestehe, dass in der Sitzung des Sozialausschusses im Monat August 2011 eine Beratungsvorlage dazu vorgelegt werden soll. Die Jahresberichte der Ämter 50 und 53 stehen im Intranet abrufbar zur Verfügung.

**Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion)** schlägt vor, dass in der heutigen Sitzung die unstrittigen Maßnahmen beschlossen und über die 5 strittigen Maßnahmen im September 2011 entschieden werden sollte.

**Frau Stadträtin Dr. Becherer (SPD-Fraktion)** unterstützt den Vorschlag von Herrn Otto. Mit dem Ansinnen von Frau Szymenderski würde eine gleichwertige und gerechte Bewertung geschaffen.

**Frau Zais** spricht sich gegen den Vorschlag von Herrn Otto aus, weil sich bei den Trägern nichts verändern wird. Sie macht darauf aufmerksam, dass es Vergleichbares bereits gäbe, wie z. B. Leistungsvereinbarungen, bestimmte Verfahren und Standards. Deshalb seien Aussagen von Ausschussmitgliedern gegenüber der fachlichen Arbeit der Mitarbeiter in diesen Ämtern unfair.

**Herr Schulze** zieht den Änderungsantrag zurück.

Die Ausschussvorsitzende unterbricht die Sitzung von 17:10 bis 17:18 Uhr.

**Herr Otto** stellt folgenden Änderungsantrag:

„Der Vorlage wird unter der Bedingung zugestimmt, dass im Falle nachgewiesener Bedarfe/Notwendigkeiten die im Budget auftretenden Rücklaufgelder in den Projekten mit den Nrn. 8, 11, 12, 19, 29 und 36 fließen.“

**Frau Lüth** erklärt, dass es sich hierbei um eine Summe von ca. 80 T€ handle. Sie fragt die Ausschussmitglieder, wer über den Bedarf des jeweiligen Dienstes entscheiden soll. Die Träger müssen darüber informiert werden, dass die Träger keine Garantie für die Aufstockung der Zuwendung haben, sondern bis Ende 2011 auf eigenem Risiko arbeiten und in Vorkasse gehen müssen. Außerdem steht noch die Frage der Gleichbehandlung. Ihrer Meinung nach ist diese Verfahrensweise nicht möglich.

Abstimmung über den Änderungsantrag

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt (5 Nein-Stimmen, 1 Ja-Stimme, 4 Stimmenthaltungen)**

#### **Beschluss B-079/2011**

Der Sozialausschuss beschließt die Zuwendungen an freie Träger der Wohlfahrts-  
pflege auf der Grundlage des Haushaltsplanes 2011 gemäß Anlage 3 Teil B der  
Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt (5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 6 Stimmenthaltungen)**

---

## 5 Verschiedenes

---

### 5.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

---

**Herr Ehrlich (Amtsleiter Amt 50)** berichtet über den aktuellen Arbeitsstand zur Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepaketes für Kinder und Jugendliche zum 17.06.2011 wie folgt:

Bereich	gestellte Anträge	davon beschieden
SGB II	4.091	2.121 51,8 %
BKGG	4.365	1.740 40 %

**Herr Ehrlich** berichtet über bestehende personelle Probleme in der Bearbeitung der Bescheiderteilung und der komplizierten Arbeit mit der Software. Aus diesen Gründen macht sich eine Strukturänderung im Amt 50 erforderlich, wonach die Bearbeitung der Anträge zur Teilhabe in den Bereich Sozialhilfe eingegliedert werden soll.

**Frau Liebetrau (Behindertenbeauftragte)** informiert über die am 25.06.2011 im Sportforum stattfindenden Chemlympics für Erwachsene, für die sich 126 Teilnehmer angemeldet haben.

5.2 Fragen der Ausschussmitglieder

---

Seitens der Ausschussmitglieder werden keine Fragen gestellt.

6 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -

---

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden **Frau Stadträtin Szymenderski (SPD-Fraktion)** und **Frau Stadträtin Hochmuth (CDU-Ratsfraktion)** bestimmt.

\*

\*

\*

**Frau Bürgermeisterin Lüth** schließt die Sitzung.

01.07.11  
Datum  
gez. Lüth  
Lüth  
Vorsitzende  
des Ausschusses

04.07.11  
Datum  
gez. P. Szymenderski  
Szymenderski  
Mitglied  
des Ausschusses

04.07.11  
Datum  
gez. Hochmuth  
Hochmuth  
Mitglied  
des Ausschusses

. 30.06.11  
Datum  
gez. Ludwig  
Ludwig  
Schriftführerin